



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

041745/EU XXVIII.GP
Eingelangt am 01/11/25

HOHER VERTRETER
DER UNION FÜR
AUßEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 16.10.2025
JOIN(2025) 25 final

**GEMEINSAME MITTEILUNG AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT,
DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN
AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Die globale Klima- und Energievision der EU: Sicherung der Rolle Europas im
weltweiten Wettbewerb und Beschleunigung der Energiewende**

1. EINLEITUNG

Wir leben in Zeiten starker politischer Spannungen, wechselnder Bündnisse und sich wandelnder diplomatischer Gepflogenheiten. In einer Welt, die durch den Klimawandel und die Umweltzerstörung, Störungen der Wertschöpfungsketten und den harten globalen Wettbewerb raschen Veränderungen ausgesetzt ist, stehen Europa und die europäische Industrie vor Herausforderungen und existenziellen Entscheidungen in der Frage, wie der Übergang auf dem globalen Markt nachhaltig gestaltet werden kann. Ein wirksamer Multilateralismus und eine wirksame Diplomatie sind von entscheidender Bedeutung, um diese Herausforderungen zu bewältigen, andere Länder davon zu überzeugen, sich ehrgeizigere Klimaziele zu setzen, unsere Energieversorgungssicherheit zu verbessern und die weltweite Energiewende, die nicht mehr rückgängig zu machen ist, zu beschleunigen.

Aufbauend auf dem Deal für eine saubere Industrie, unserem transformativen Wirtschaftsplan für Europa, wird in dieser Gemeinsamen Mitteilung der Europäischen Kommission und der Hohen Vertreterin eine **Vision für die Gestaltung eines sauberen und resilienten weltweiten Übergangs** dargelegt. **Dies ist unsere internationale Strategie zur Sicherung der Position Europas auf den Weltmärkten und zur Förderung eines nachhaltigen Wandels sowie zur Konsolidierung unserer industriellen und technologischen Stärken.**

Die Energiewende bringt viele Chancen mit sich. Dies ist von besonderer Bedeutung, da die EU von Einfuhren fossiler Brennstoffe und anderer wichtiger Ressourcen abhängig ist. Um mit anderen einflussreichen Akteuren Schritt zu halten, müssen wir die Rolle Europas bei der weltweiten Energiewende sichern und ausbauen. Dies wird erhebliche Investitionen erfordern. Doch wenn wir nicht handeln, werden die Kosten angesichts der sich verschärfenden Auswirkungen des Klimawandels, der Umweltverschmutzung und des Biodiversitätsverlusts auf Wirtschaft, Sicherheit, Mensch und Gesundheit wesentlich höher sein. Wir müssen den Deal für eine saubere Industrie in die Welt tragen, bestehende Partnerschaften stärken und neue Partnerschaften aufbauen, die von beiderseitigem Vorteil sind.

Ein gut funktionierendes multilaterales System und eine regelbasierte internationale Ordnung, in deren Mittelpunkt die Vereinten Nationen stehen, liegt im Interesse Europas. Die Botschaft der EU an ihre Partner in der Welt ist klar: Wir arbeiten daran, die im Übereinkommen von Paris festgelegten Ziele zu erreichen, wir sind ein zuverlässiger Partner, der sich an die Regeln hält und wir sind offen für Zusammenarbeit.

Multilaterale Zusammenarbeit funktioniert. Das Übereinkommen von Paris liefert zehn Jahre nach seiner Annahme Ergebnisse. 2015 war die Welt auf dem Weg zu einer Erderwärmung von 3,7 °C bis zum Jahr 2100. Mit den derzeitigen politischen Maßnahmen dürfte die globale Erwärmung 2,7 °C erreichen, während sie sich bei vollständiger Umsetzung aller national festgelegten Beiträge und langfristigen Zusagen für 2030 auf 2,1-2,3 °C reduzieren ließe¹. Die EU hat ihre Emissionen um 37 % gesenkt und verursacht nun nur noch 6 % der weltweiten Treibhausgasemissionen², was ihrem Anteil an der Weltbevölkerung entspricht. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten weltweit den größten Beitrag zur Klimafinanzierung. Geleitet von der Wissenschaft kommen wir unseren Verpflichtungen nach und werden dies auch weiterhin

¹ [Nationally determined contributions under the Paris Agreement. Synthesis report by the secretariat | UNFCCC.](#)

² Auf China entfallen 29 %, auf die USA 11 % und auf Indien 8 %. [EDGAR-Bericht 2025, Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission.](#)

tun. Andere müssen nun mehr tun, um sowohl ihre Emissionen zu senken als auch ihre Finanzierung aufzustocken.

Auf der COP28 haben fast 200 Länder einschließlich der EU eine bahnbrechende kollektive Zusage zur Energiewende gemacht. Die Regierungen kamen überein, die Kapazität zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen weltweit zu verdreifachen, die Energieeffizienzverbesserungen bis 2030 zu verdoppeln und auf gerechte, geordnete und ausgewogene Weise von der Nutzung fossiler Brennstoffe im Energiesystem abzurücken, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) geht derzeit davon aus, dass die weltweite Kapazität für erneuerbare Energie bis 2030 um das 2,6-Fache wachsen wird; treibende Faktoren sind hierbei Rekordzahlen beim Ausbau und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber fossilen Brennstoffen³. Um diese Ziele zu erreichen, sind jedoch noch erhebliche Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz nötig. Das Engagement und die Führungsrolle Europas bei der Festlegung dieser Ziele verdeutlichen, wie wichtig ein wirksamer Multilateralismus und eine wirksame Diplomatie für die Beschleunigung der weltweiten Energiewende sind.

Die EU wird ihre Energie- und Klimadiplomatie weiter an die neue Realität anpassen. Unsere diplomatischen Bemühungen, die im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ in enger Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten erfolgen, werden die Kerninteressen der EU schützen, globale Klima- und Umweltmaßnahmen vorantreiben, die Anpassung an den Klimawandel fördern sowie die Energieversorgungssicherheit und den Zugang zu Rohstoffen gewährleisten. Unsere Diplomatie wird auch besser auf die Auswirkungen reagieren, die die Energiewende in Europa unweigerlich auf unsere Partner außerhalb Europas hat. Wir werden unsere Partner weiterhin dabei unterstützen, ihre eigene ehrgeizige Klima- und Energiepolitik zu entwickeln, die Bepreisung von CO₂-Emissionen voranzubringen und Normen für einen gerechten Übergang zu fördern. Wir werden auch die neuen physischen und hybriden Sicherheitsbedrohungen für die kritische Infrastruktur angehen, die sich durch die Klima-, Umwelt- und Wasserkrise verschärfen und sowohl die europäischen Interessen als auch diejenigen unserer Partner gefährden.

Dies ist das Angebot Europas an die Welt: Wir sind bereit, als glaubwürdiger, zukunftsorientierter und zuverlässiger Partner weiterhin Koalitionen zu schmieden und unsere Partnerschaften zu vertiefen, um die globale Energiewende zu beschleunigen und weltweit ein nachhaltiges und resilientes Wachstum zu fördern.

2. IM ANGESICHT EINER SICH VERÄNDERNDEN WELT: FÖRDERUNG VON KLIMAMAßNAHMEN, DER ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEIT UND EINER SAUBEREN INDUSTRIALISIERUNG IN DER WELT

2.1. Eine Welt im Wandel

Unsere Vision setzt bei den **großen globalen Veränderungen an, zu denen es seit der Annahme des Übereinkommens von Paris im Jahr 2015** gekommen ist. Seinerzeit war eine weltweite Energiewende nur eine Möglichkeit – heute ist sie Realität. **Saubere Investitionen haben die Finanzierung fossiler Brennstoffe überholt:** Jedem Euro in der Welt, der in fossile Brennstoffe investiert wird, stehen zwei Euro gegenüber, die in saubere Energie fließen⁴. Was

³ [IEA, Renewables 2025.](#)

⁴ [IEA, World Energy Investment 2025.](#)

einmal als notwendige Kosten zur Sicherung unserer Existenz angesehen wurde, ist zu einem Motor für Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Wohlstand geworden. Sinkende Technologiekosten und die Verlagerung von Investitionen verändern die Weltwirtschaft. Es stellt sich nicht mehr die Frage, ob, sondern wie schnell und wo der Wandel stattfinden und wer davon profitieren wird.

Gleichzeitig hat die Entkopplung der Weltwirtschaft von den Emissionen begonnen: 2023 erhöhten sich die Emissionen nur um 0,8 %, während die Weltwirtschaft um 3 % wuchs. In der EU stieg das BIP im Zeitraum 1990-2023 um 68 %, wohingegen die Emissionen im selben Zeitraum um 37 % zurückgingen – ein Beleg für die kontinuierliche Entkopplung von Emissionen und Wirtschaftswachstum⁵. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Zunahme emissionsarmer Stromerzeugungsquellen.

Zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C müssen jedoch die weltweiten Treibhausgasemissionen massiver, schneller und nachhaltiger gesenkt werden: bis 2030 um 43 % und bis 2035 um 60 % gegenüber dem Stand von 2019, um schließlich bis 2050 Netto-Null-CO₂-Emissionen zu erreichen⁶. Dies erfordert eine gezielte und beschleunigte **Abkehr von fossilen Brennstoffen**, den massiven Ausbau **erneuerbarer Energien**, die Steigerung der **Energieeffizienz** in allen Sektoren, die Förderung der Ressourceneffizienz und der Kreislaufwirtschaft sowie die Beschleunigung der Einführung **CO₂-freier und -armer Technologien**. Außerdem sind eine deutliche Verringerung der Nicht-CO₂-Emissionen, insbesondere von Methan und fluorierten Gasen, und die Dekarbonisierung von Schlüsselsektoren, insbesondere des Verkehrs und der Industrie, von entscheidender Bedeutung.

⁵ [EU-Fortschrittsbericht über Klimaschutz und -anpassung 2024 \(COM\(2024\) 498 final\)](#).

⁶ [IPCC, Synthesebericht zum Sechsten IPCC-Sachstandsbericht, Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung](#).

Die weltweite Energiewende nimmt Fahrt auf – Fortschritte seit 2015⁷

- **Die weltweiten Treibhausgasemissionen sind seit 2015 um 8,5 % gestiegen, während das reale BIP weltweit um 40,9 % gewachsen ist.**
- **Die weltweiten Kapazitäten für erneuerbare Energie haben sich seit 2015 um 140 % erhöht** (von 1 849 GW auf 4 443 GW im Jahr 2024).
- Im Jahr 2024 wurden weltweit **582 GW neue Kapazitäten für erneuerbare Energie** geschaffen, was 80 % des gesamten Zuwachses der Stromnachfrage – und einem **Anstieg um 283 % gegenüber 2015** (152 GW) – entspricht.
- **Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen ist kostengünstiger als die Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen:** Von 2015 bis 2024 gingen die weltweiten durchschnittlichen Stromgestehungskosten für Photovoltaik um 68 %, für Onshore-Windenergie um 56 % und für Offshore-Windenergie um 49 % zurück⁸.
- Weltweit sind **63 Kernreaktoren mit einer Kapazität von mehr als 70 Gigawatt (GW) im Bau**, einer der höchsten Werte seit 1990.
- **Im Jahr 2024 wurden weltweit 1 Billion EUR in fossile Energieträger investiert gegenüber 2 Billionen EUR in saubere Energie, was einem Verhältnis von 2:1 zugunsten sauberer Energie entspricht.** Die Investitionen in saubere Energie stiegen im Vergleich zu 2015 um 78 % (1,4 Billionen EUR für fossile Energieträger gegenüber 1,1 Billionen EUR für saubere Energie).
- Der Anteil der EU an diesen Investitionen in saubere Energie belief sich auf 19 % bzw. auf 334 Mrd. EUR, was einem **Anstieg um insgesamt 111 % gegenüber 2015** (158 Mrd. EUR) entspricht.
- **Die weltweiten Produktionskapazitäten für saubere Energietechnologien nehmen rasch zu:** Zwischen 2021 und 2023 stiegen die Produktionskapazitäten für Photovoltaikmodule von etwas mehr als 450 GW auf 1,2 TW, für Windkraftanlagen von 125 GW auf 180 GW, für Elektrofahrzeuge von 10,5 auf 22,2 Millionen Einheiten, für Batterien von 1,1 TWh auf 2,5 TWh und für Elektrolyseure auf 25 GW und damit auf das Dreifache.
- Im Jahr 2024 gab es **weltweit 36,3 Millionen Arbeitsplätze im Bereich der sauberen Technologien – ein Anstieg um 21 % seit 2019** (30 Millionen). Im Jahr 2023 wurden in der EU 100 000 neue Arbeitsplätze im Bereich der sauberen Technologien geschaffen, was 4 % des gesamten Beschäftigungswachstums entspricht.
- Im Jahr 2025 waren in 80 Rechtssystemen **nationale Instrumente zur CO₂-Bepreisung** vorhanden oder in Entwicklung, d. h. in doppelt so vielen wie 2015 (40 Rechtssysteme).

Die Geopolitik wird nach wie vor maßgeblich von fossilen Brennstoffen und deren Erzeugern bestimmt. So sind 80 % des weltweiten Primärenergieverbrauchs fossilen Ursprungs. Seit den Ölkrisen der 1970er Jahre wurde die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen immer wieder – zuletzt von Russland – als Waffe eingesetzt. Dies ist jedoch ein zweiseitiges Schwert: Die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Ausfuhr fossiler Brennstoffe macht Russland und andere Erzeugerländer verwundbar. Doch es gibt eine Alternative: **Einige große Erzeugerländer,**

z. B. in der Golfregion, entscheiden sich für die Anpassung und investieren in Strom aus erneuerbaren Quellen sowie in Wasserstoff und Wasserstoffderivate. In der Übergangsphase werden fossile Brennstoffe weiterhin genutzt, doch Volkswirtschaften, die von der Einfuhr oder Ausfuhr fossiler Brennstoffe abhängen, tun gut daran, langfristig auf saubere und erschwingliche Energie zu setzen.

Erneuerbare Energie und saubere Technologien werden zunehmend als Wachstumsmotoren fungieren. Bis 2040 dürften auf erneuerbare Energien, Kernenergie und andere Formen sauberer Energie 50 % der weltweiten Energie entfallen. Der Weltmarkt für saubere Technologien wird voraussichtlich von 600 Mrd. EUR im Jahr 2023 auf über 2 Billionen EUR bis 2035 wachsen.

2.2. Schutz und Förderung der europäischen Industrie

Die EU muss die Vorteile dieses Wachstums nutzen und hat in der Netto-Null-Industrie-Verordnung das Ziel festgelegt, einen Anteil von 15 % an der Weltproduktion sauberer Technologien zu erreichen. Die EU hat das Potenzial, mehr Lösungen für saubere Technologien in Länder zu exportieren, die nach Alternativen suchen. Zwar wird der EU-Markt für saubere Technologien bis 2035 voraussichtlich auf 375 Mrd. EUR anwachsen, doch muss die EU ihre Anstrengungen beschleunigen, um die Vorteile der expandierenden Märkte für saubere Technologien in der EU und der ganzen Welt zu nutzen⁹.

Die EU hat bei Forschung und Innovation im Bereich der erneuerbaren Energien Pionierarbeit geleistet, wobei die führende Rolle der Industrie durch eine Zunahme von heimischer Nachfrage und Ausfuhren unterstützt wurde. Im Jahr 2023 stellten die Mitgliedstaaten fast 8,5 Mrd. EUR für die Forschungs- und Innovationsprioritäten der Energieunion sowie über 2 Mrd. EUR im Rahmen von einschlägigen Horizont-Europa-Projekten bereit. Mit diesem Betrag ist die EU bei den öffentlichen Ausgaben für saubere Energietechnologien unter den großen Volkswirtschaften führend¹⁰.

Allerdings kommt es bei den Spitzenreitern im Bereich der sauberen Technologien zu Verschiebungen. In den letzten Jahren hat **China** durch eine entschlossene langfristige Industriepolitik, untermauert durch staatlich subventionierte Überkapazitäten, und durch die schiere Größenordnung **erhebliche Teile ganzer Wertschöpfungsketten vereinnahmt und ist bei den sauberen Technologien zu einem führenden globalen Akteur geworden**. Im Jahr 2024 produzierte China mehr als 70 % der Elektrofahrzeuge, 80 % der Windkraftanlagen und 90 % der Photovoltaikmodule in der Welt¹¹.

⁷ [IRENA, Renewable Energy Statistics 2025](#), [IEA, World Energy Investment 2025](#), [IEA, World Energy Employment 2024](#), [IEA, Energy Technology Perspectives 2024](#), [IEA, World Energy Outlook 2024](#), [IEA, Global Energy Review 2025](#), Umrechnungswerte EUR/USD von 2024.

⁸ 0,040 EUR/kWh für Photovoltaik, 0,031 EUR/kWh für Onshore-Windenergie und 0,073 EUR/kWh für Offshore-Windenergie gegenüber 0,067 EUR/kWh für Kohle und 0,079 EUR/kWh für Gas, [IRENA, Renewable Power Generation Costs in 2024](#).

⁹ [IEA, Energy Technology Perspectives 2024](#).

¹⁰ Fortschritte bei der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Technologien für saubere Energie (COM(2025) 74 final).

¹¹ García-Herrero & Mu, [China can decarbonise the world – but even that won't fix its overcapacity problem](#), 24. September 2025, Bruegel.

Während im Zeitraum 2015-2023 noch 95 % des Anstiegs der Investitionsausgaben für saubere Energie auf fortgeschrittene Märkte und China beschränkt waren, **wird die Energiewende nun zu einem weltweiten Phänomen.** In Afrika erhöhten sich die Einfuhren von Solarpaneelen zwischen Juni 2024 und Juni 2025 um 60 %, was einer Leistung von 15 GW entspricht, wobei die Einfuhren von 25 Ländern jeweils über 100 MW ausmachten¹². Der Markt für Elektrofahrzeuge boomt, wobei der Absatz in den Entwicklungs- und Schwellenländern in Afrika, Asien und Lateinamerika im Jahr 2024 um 60 % zunahm¹³. So handelte es sich beispielsweise bei 60 % der in Äthiopien im Jahr 2024 verkauften Neuwagen um batteriebetriebene Elektrofahrzeuge, nachdem das Land die Einfuhr von Verbrennungsmotoren verboten hatte¹⁴. 65 % des im Jahr 2024 in Lateinamerika und der Karibik erzeugten Stroms stammten aus sauberen Quellen¹⁵. Der weltweite Batteriemarkt dürfte sein Volumen in den nächsten fünf Jahren verdoppeln, und der Markt für Windkraftanlagen wächst jährlich um mehr als 10 %. Bei diesen globalen Veränderungen geht es nicht nur um Klimamaßnahmen; es geht auch um eine nachhaltige Entwicklung, bei der teure Einfuhren fossiler Brennstoffe durch erschwingliche erneuerbare Energien ersetzt werden.

Allerdings reicht dies nicht aus: Zwar ist die Energiewende nun weltweit im Gange, aber außerhalb der fortgeschrittenen Märkte und Chinas kommt sie nicht schnell genug voran. Das europäische Engagement in den Bereichen Energie und Klima muss Drittländer ermutigen, mehr zu tun, auch indem gegen Chinas Dominanz in diesem Bereich vorgegangen wird. Afrika verfügt über 60 % des besten Sonnenenergiepotenzials der Welt, doch nicht einmal 2 % der diesbezüglichen Investitionen entfallen auf den Kontinent und über 600 Millionen Menschen haben dort keinen Zugang zu Strom¹⁶. Investitionen in Produktion und Ausbau werden nach wie vor durch reale oder wahrgenommene Risiken, das Fehlen entsprechender Infrastruktur und unterentwickelte Kapitalmärkte behindert.

Zusätzlich zum EU-Deal für eine saubere Industrie, der darauf abzielt, die Dekarbonisierung zu einem Wachstumsmotor für die europäische Industrie zu machen, wird die EU weiterhin Risiken für ihre wirtschaftliche Sicherheit ermitteln, bewerten und bewältigen, wie in der anstehenden Doktrin für wirtschaftliche Sicherheit dargelegt werden wird.

2.3. Die Dekarbonisierung und die Energiewende kommen in der EU voran

Vor diesem globalen Hintergrund liegt es im Interesse der EU, ihre Wirtschaft und Industrie weiter zu dekarbonisieren, um sich einen fairen Anteil am Weltmarkt für saubere Technologien zu sichern und zu gewährleisten, dass unsere Unternehmen im Bereich der sauberen Technologien international wettbewerbsfähig sind. Damit europäische Unternehmen und Investoren davon profitieren können, brauchen sie Vorhersehbarkeit und Gewissheit. Der **Deal für eine saubere Industrie** – der Plan der EU für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung – bildet die Grundlage dafür. Mit diesem Plan gehen wir die größten Hindernisse an, die unseren Unternehmen im Weg stehen, und stärken in dem schwierigen geopolitischen Kontext von heute das Wirtschaftsumfeld. Wir verbessern den Zugang zu erschwinglicher Energie, Rohstoffen und Ressourcen, steigern öffentliche und private Investitionen, entwickeln

¹² EMBER, [The first evidence of a take-off in solar in Africa](#), 26. August 2025.

¹³ IEA, [Global EV Outlook 2025](#).

¹⁴ Äthiopisches Ministerium für Wasser und Energie et al., [Ethiopian Energy Outlook 2025](#), Mai 2025.

¹⁵ EMBER, [Latin America and Caribbean Region Overview](#), 26. August 2025.

¹⁶ IEA, [World Energy Investment 2025](#) und [IEA, Africa Energy Outlook 2022](#).

Leitmärkte, verbessern Kompetenzen und schaffen hochwertige Arbeitsplätze. Die EU lässt eine teure und volatile Wirtschaft hinter sich, deren Grundlage fossile Brennstoffe waren.

Wir erzielen bereits Ergebnisse, die sowohl unserer Wirtschaft als auch unseren Klimaambitionen zuträglich sind. Die EU ist auf gutem Weg, ihr Ziel für die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 – eine Nettoverringerung der EU-internen Emissionen um mindestens 55 % gegenüber 1990 – umzusetzen und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, wie es im **EU-Klimagesetz** und im **europäischen Grünen Deal** vorgesehen ist. Mit Beginn des vierten Winters des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben der **REPowerEU-Plan** und der Fahrplan zur schrittweisen Beendigung der Abhängigkeit Europas von russischer Energie die Energiewende in der EU beschleunigt, die durch die massiven EU-Sanktionen gegen den russischen Energiesektor zusätzlich befördert wird. Infolgedessen hat die EU Maßnahmen ergriffen, um die Lieferanten zu diversifizieren, Handelsbeziehungen zu vertiefen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern und Energieeinsparungen zu erzielen. Mit Blick auf die Zukunft wird die vorgeschlagene Änderung des Klimagesetzes mit einem Emissionsziel für 2040 für mehr Vorhersehbarkeit und Stabilität sorgen und Investitionen in die Energiewende der EU vorantreiben.

Im Jahr 2024 entfielen 47 % des Stromverbrauchs in der EU auf erneuerbare Energien, und der Endenergieverbrauch ging von 2021 bis 2023 um 5,7 % zurück¹⁷. Im Zeitraum 2021-2023 haben die Stromverbraucher in der EU aufgrund der Stromerzeugung aus neuen Photovoltaik- und Windkraftanlagen bereits 100 Mrd. EUR eingespart¹⁸. Die Kernkraftwerke in der EU weisen inzwischen einen hohen Kapazitätsfaktor von über 80 % auf und tragen so zur Grundlastversorgung und zur Dekarbonisierung bei. Gleichzeitig sind sie eine wichtige Komponente für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Versorgungssicherheit in bestimmten Mitgliedstaaten. Aufgrund der Einfuhr fossiler Brennstoffe sind die Energiepreise im Vergleich zu dem Preisniveau, das üblich war, bevor Russland 2021 begann, Energieausfuhren als Waffe zu nutzen, nach wie vor hoch. Langsam, aber sicher gelingt es uns jedoch, die Preise für Verbraucher und Industrie zu senken, indem wir auf erneuerbare und saubere Energie umsteigen und gleichzeitig andere saubere Energiequellen erkunden. Daran knüpfen wir auch mit dem **Aktionsplan für erschwingliche Energie** an.

Die EU hat gezeigt, dass **unser Dekarbonisierungsmodell auch ein Wachstumsmodell ist**. Das **EU-Emissionshandelssystem** (EHS) hat starke finanzielle Anreize für die Energiewende geschaffen und dazu beigetragen, die durch Stromerzeugung und Industrie verursachten Treibhausgasemissionen zwischen 2005, dem Jahr seiner Einführung, und 2023 um fast 50 % zu senken, während die EU-Wirtschaft in dieser Zeit weiter gewachsen ist. Künftig wird das CO₂-Grenzausgleichssystem die Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindern. Die Investitionen in saubere Energie stiegen im Jahr 2025 auf 335 Mrd. EUR, wodurch 1,8 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden¹⁹. **Die EU-Industrie baut ihre Produktionskapazitäten für saubere Technologien aus und erhöht die damit verbundenen Investitionen**. Die EU ist derzeit Nettoexporteur von Netto-Null-Technologien wie Wasserkraft, Solarthermie und Netztechnologien. Im Jahr 2024 führte die EU Wasserkrafttechnologien im Wert von fast 300 Mio. EUR aus. Im selben Jahr exportierte sie

¹⁷ Eurostat (Datensatz [nrg_ind_eff](#)).

¹⁸ [IEA, Renewable Energy Market Update – June 2023](#).

¹⁹ [IEA, World Energy Investment 2025](#) und [IRENA, Renewable energy and jobs: Annual review 2025](#).

auch Netzkomponenten im Wert von mehr als 6,5 Mrd. EUR²⁰. Parallel dazu brachte die EU im Rahmen der Verordnung zu kritischen Rohstoffen 60 strategische Projekte – 13 davon außerhalb der EU – auf den Weg, mit denen die Gewinnungs-, Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten der EU für kritische Rohstoffe, die für die Energiewende und den digitalen Wandel in der EU von wesentlicher Bedeutung sind, im Einklang mit dem geplanten **Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft** gestärkt werden. Außerdem wird die Kommission eine **Bioökonomie-Strategie** vorlegen.

Die **Digitalisierung** ist von entscheidender Bedeutung, um die saubere Transformation von Industrie und Wirtschaft in Europa zu beschleunigen. Digitale Instrumente, darunter KI, digitale Zwillinge und Blockchain, können die Energie- und Ressourceneffizienz stärken, die Netzoptimierung steuern, das Abfallaufkommen verringern und die Kreislaufwirtschaft verbessern. Durch die Einbindung dieser digitalen Innovationen in globale Partnerschaften kann die EU weltweit die Energiewende beschleunigen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit, Transparenz und ökologische Rechenschaftspflicht stärken.

Der neue **Deal für eine saubere Industrie** läuft nun an. Maßnahmen wie die Erhöhung der Risikotragfähigkeit von InvestEU, der neue Beihilferahmen für den Deal für eine saubere Industrie und der Vorschlag für einen Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit tragen dazu bei, sowohl EU- als auch nationale Ressourcen gezielter und besser koordiniert für die Mobilisierung privater Finanzierungen und die Minderung ihres Risikos zu nutzen. Zusammen mit der Netto-Null-Industrie-Verordnung werden diese Maßnahmen die Energiewende unterstützen, die Produktion und den Einsatz von Netto-Null-Technologien in der EU stärken, **Leitmärkte** für saubere Produkte schaffen und unsere Lieferketten diversifizieren.

Die EU wird in Kürze verschiedene Vorschläge vorlegen: einen **Rechtsakt zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie**, um Leitmärkte für saubere Technologieprodukte zu schaffen, **Siegel für CO₂-arme energieintensive Produkte** und ein **Batterie-Booster-Paket** zur Unterstützung des Batterie-Ökosystems der EU als Teil des Aktionsplans für die Automobilindustrie.

Während die EU die Energiewende vorantreibt und darauf hinarbeitet, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, muss sie sich auch aus Sicherheitsgründen für die Zukunft glaubwürdig wappnen und die Rolle der EU stärken, indem sie sich für energische Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in Europa und der Welt einsetzt. Unabhängig davon, ob es um das Schmelzen der Arktis geht, wo sich Seewege öffnen, oder um die sengende Hitze in der Sahelzone, wo auf ihren eigenen Vorteil bedachte skrupellose Akteure fragile Gesellschaften ausnutzen und Konflikte säen, oder ob wir mit extremen Wetterereignissen konfrontiert sind, die unsere Gesellschaft und unsere militärische Infrastruktur massiv schädigen, ist es von entscheidender Bedeutung, den Zusammenhang zwischen Klima, Frieden und Sicherheit stärker in die Außenpolitik der EU, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der internationalen Zusammenarbeit und internationaler Partnerschaften, einzubeziehen. Durch den Klimawandel und die Verfügbarkeit neuer Vorsorge- und Energietechnologien werden sich die Handlungsweisen unserer Gesellschaft und unserer Streitkräfte wie auch die Art und Weise verändern, in der diese die Resilienz ihrer Infrastruktur stärken. Ein gutes Beispiel hierfür ist die bemerkenswerte Abfolge von Innovationszyklen in der Ukraine zur Anpassung an die neuesten militärischen Entwicklungen und zur Stärkung der Resilienz. Der Zugang zu Energie vor Ort ist aus Sicherheits- und wirtschaftlichen Gründen von grundlegender Bedeutung. Ferner ist es – auch angesichts der

²⁰ Eurostat (COMEXT DS-059341, 2024).

zunehmenden Bedeutung von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck – unerlässlich, dass die EU das Zusammenspiel ihrer Sicherheitserfordernisse und ihrer Energiewendeziele steuert und in diesem Kontext alle sich bietenden Möglichkeiten nutzt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die EU ihre heimische Wirtschaft dekarbonisiert, sich für einen gerechten Übergang einsetzt und den globalen Wandel durch Investitionen in die Forschung und die Ausfuhr sauberer Technologien unterstützt. Dies entspricht voll und ganz der internen und der externen Dimension des europäischen Grünen Deals und des Deals für eine saubere Industrie, die darauf abzielen, bis zur Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität zu erreichen und gleichzeitig unsere Volkswirtschaften zu modernisieren. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch unsere Fähigkeit, mit Partnern in der ganzen Welt zusammenzuarbeiten, um sie bei ihren Bemühungen um die Energiewende zu unterstützen.

3. STRATEGISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT GLOBALEN PARTNERN

Wie im Deal für eine saubere Industrie dargelegt, verfolgt die EU einen strategischen Ansatz für eine für alle Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Klima, wobei der Schwerpunkt auf Diplomatie, technischer und regulatorischer Zusammenarbeit sowie Wirtschaft liegt und die Bemühungen mit den Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene gebündelt werden. Wir streben an, unsere bilateralen Partnerschaften zu vertiefen und auf multilateralen und plurilateralen Bündnissen aufzubauen, um für einen gerechten, kreislauforientierten und resilienten weltweiten Übergang zu sorgen.

3.1. Aufbau von beiderseits vorteilhaften Wirtschaftspartnerschaften für eine prosperierende Zukunft

Die Förderung von Partnerschaften für eine saubere Wirtschaft ist das Kernstück der externen Dimension des Deals für eine saubere Industrie. Aufbauend auf Handelsabkommen oder Abkommen zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen, Partnerschaften für sauberen Handel und saubere Investitionen oder maßgeschneiderten Absichtserklärungen, insbesondere im Hinblick auf nachhaltige Wertschöpfungsketten oder die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, zielen diese Partnerschaften darauf ab, beiderseits vorteilhafte Lösungen zu unterstützen, die Zusammenarbeit zu fördern und Lieferketten zu integrieren, um den Übergang auf globaler Ebene weiter zu unterstützen.

Wie bereits im Rahmen von EU-Handelsabkommen wird die EU bestehende und künftige Partnerschaften für eine saubere Wirtschaft fördern, um Anreize für unsere Partner zu schaffen, glaubwürdige und praktikable Wege zur Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens von Paris zu entwickeln, unter anderem durch ihre national festgelegten Beiträge.

Die EU wird Investitionsprojekte in Partnerschaft mit Unternehmen und Finanzinstituten aus der EU und den Partnerländern fördern. Mit dem Konzept „Team Europa“ wird die EU ihr diplomatisches Netzwerk, bestehende unterstützende Strukturen und Vermittlungsplattformen und -instrumente nutzen sowie **Wirtschaftsforen für die Energiewende** und **hochrangige Missionen zur Wirtschafts- und Handelsförderung** organisieren. Ziel ist es, die Nutzung und die Verbreitung sauberer EU-Technologien zu fördern und sicherzustellen, dass von der EU finanzierte Investitionen und Projekte in Partnerländern auf die Interessen der EU abgestimmt sind. Die EU wird auch das Potenzial für die Bereitstellung von Exportkreditunterstützung für saubere EU-Technologien prüfen. Insbesondere wird die EU im Rahmen der Global-Gateway-Strategie die Finanzierung und Durchführung **großer Vorzeigeprojekte** in Partnerländern, z. B. Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, Produktionsanlagen für saubere Technologien sowie Forschung und

Entwicklung, unterstützen, bei denen europäische und lokale Unternehmen, Finanzinstitute und Hochschulen sowie Bildungsanbieter zusammengebracht werden. Um diese Projekte zu steuern und auszubauen, wird ein **externer EU-Wirtschaftsrat für die Energiewende** eingerichtet, der die Kommission auf der Grundlage des operativen Bedarfs bei Investitionsprioritäten für saubere Technologien in Partnerländern beraten soll. Ein **EU-Sonderkoordinator für die weltweite Energiewende** wird diese Tätigkeiten koordinieren, mit Unternehmen zusammenarbeiten und das Konzept „Team Europa“ unterstützen.

Handelsabkommen sind ein wichtiger Motor für nachhaltiges Wachstum sowohl in der EU als auch in den Partnerländern, insbesondere im Hinblick auf die Verpflichtungen zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und des Übereinkommens von Paris. Die EU verfügt bereits über das größte Netz von **Freihandelsabkommen** in der Welt, das 76 Länder und 44 % des gesamten EU-Warenhandels abdeckt, und verhandelt derzeit noch mit weiteren Partnern²¹. Die Freihandelsabkommen der EU enthalten Kapitel über Energie, Rohstoffe, regulatorische Zusammenarbeit, Handel und nachhaltige Entwicklung. Sie werden dazu beitragen, den Handel und Investitionen in Wertschöpfungsketten für saubere Energie zu erleichtern, und stellen einen unverzerrten Zugang zu kritischen Rohstoffen sicher, wobei gleichzeitig saubere und effizientere Produktionsmethoden und Marktzugangsmöglichkeiten für umweltfreundliche Waren und Dienstleistungen unterstützt werden. Die Digitalisierung wird ein Schlüsselfaktor für diesen sauberen Handel sein, da sie eine datengesteuerte Politikgestaltung, grenzüberschreitende Interoperabilität und digitale Produktpässe zur Überwachung der Ressourcen- und Emissionsleistung unterstützt. Parallel dazu haben wir Verhandlungen über neue **Partnerschaften für sauberen Handel und saubere Investitionen** aufgenommen, um schnellere, flexiblere und gezielte Unterstützung zu leisten, die auf die Bedürfnisse der EU und ihrer Partner zugeschnitten ist. Über die erste derartige Partnerschaft wird zurzeit mit Südafrika verhandelt.

In den letzten vier Jahren hat die EU – ergänzend zu ähnlichen Initiativen der Mitgliedstaaten – weltweit mehr als 40 bilaterale Vereinbarungen über Partnerschaften für die Energiewende unterzeichnet. Diese Partnerschaften werden in enger Abstimmung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten umgesetzt. Die EU wird auch weiterhin den weltweiten Kohleausstieg sowie eine emissionsarme und klimaresiliente Entwicklung durch Initiativen wie die **Partnerschaften für eine gerechte Energiewende** fördern. Die **EU-Plattform für Energie und Rohstoffe** wird ebenfalls ein wichtiges Instrument zur Verknüpfung von Politik und Wirtschaft sein, indem sie die Zusammenarbeit in den Bereichen Rohstoffe, Wasserstoff, Batterien und anderen für die Energiewende maßgeblichen Bereichen unterstützt.

3.2. Stärkung des Multilateralismus und von Bündnissen zur Erfüllung unserer globalen Verpflichtungen

Die EU wird sich darum bemühen, die politische Dynamik bei der weltweiten Energiewende auf allen Ebenen aufrechtzuerhalten. Ein zentraler Aspekt dieser Bemühungen ist unser **unerschütterliches Engagement für den Multilateralismus** und eine auf Regeln beruhende internationale Ordnung sowie die Unterstützung zur Stärkung institutioneller Strukturen, die eine bessere Reaktion auf neue Gegebenheiten ermöglichen. Die Verpflichtung der Staaten zur

²¹ Die EU hat kürzlich die Verhandlungen über neue Freihandelsabkommen mit Mercosur, Mexiko und Indonesien abgeschlossen. Über weitere Freihandelsabkommen wird derzeit mit Australien, Indien, Malaysia, den Philippinen, Thailand und den Vereinigten Arabischen Emiraten verhandelt.

Zusammenarbeit und zur Ergreifung gemeinsamer und ehrgeiziger Klima- und Umweltmaßnahmen wurde kürzlich durch ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs bekräftigt.

Das **Übereinkommen von Paris** ist inzwischen vollumfänglich in Kraft, und die multilateralen Klimaschutzmaßnahmen haben deutlich Wirkung gezeigt. Dennoch gibt es nach wie vor Lücken zwischen den gemeinsamen Zielen und der konkreten Umsetzung. Die EU wird weiterhin mit Verbündeten und Partnern innerhalb des **Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen** (UNFCCC) sowie im Rahmen **plurilateraler** und **bilateraler** Foren und Initiativen zusammenarbeiten, um die Ergebnisse der ersten weltweiten Bestandsaufnahme im Rahmen des Übereinkommens von Paris umzusetzen und ehrgeizige Klimaschutzpläne festzulegen und durchzuführen. Die EU wird außerdem Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz des multilateralen Klimaprozesses im Hinblick auf die Erzielung von Fortschritten bei der Verwirklichung der globalen Klimaziele unterstützen.

Die EU wird diese Ziele im Rahmen der **G7** und der **G20** verfolgen und sich mit Unterstützung der **Internationalen Energieagentur** (IEA) und der **Internationalen Agentur für erneuerbare Energien** (IRENA) weiterhin für einen geordneten und gerechten Übergang weg von fossilen Brennstoffen einsetzen. Im Rahmen des **Globalen Forums für die Energiewende** wird die EU weiterhin Führungspersönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft zusammenbringen, um die Zusammenarbeit mit Partnerländern im Hinblick auf die Verdreifachung der weltweiten Kapazitäten für erneuerbare Energie und die Verdoppelung der Energieeffizienzverbesserungen bis 2030 zu beschleunigen. Weitere Kontakte umfassen die Zusammenarbeit mit Partnern bei handelsbezogenen Klimamaßnahmen im Rahmen der **WTO**, das Engagement im **Bündnis von Handelsministern zum Thema Klima** sowie die aktive Beteiligung an der plurilateralen Initiative zur Reform der Subventionen für fossile Brennstoffe und an der Transparenzübung „Koalition der Willigen“ der **OECD**.

Die EU wird darauf hinarbeiten, den Einsatz emissionsfreier und emissionsarmer Technologien in Industriezweigen und Sektoren mit schwer zu verringernden Emissionen zu beschleunigen, unter anderem im Rahmen der **G7**, des **Klimaclubs**, des **inklusive Forums der OECD zu Klimaschutzkonzepten** sowie der **Ministerkonferenz für saubere Energie** und der **Innovationsmission**. Die EU wird innerhalb der **Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation** und der **Internationalen Seeschifffahrtsorganisation** Verfahren zur Dekarbonisierung des internationalen Verkehrs vorantreiben, unter anderem durch Unterstützung ihres Netto-Null-Rahmens, und sich aktiv für eine weltweite Förderung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Brennstoffe im See- und Luftverkehr einsetzen. Wir werden auch weiterhin gegen Nicht-CO₂-Emissionen vorgehen, unter anderem durch unsere Beteiligung an der Leitung der **Globalen Methanverpflichtung** und die Umsetzung des **Montrealer Protokolls** über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen. Gleichzeitig wird die EU weiter daran arbeiten, andere multilaterale Übereinkommen voranzubringen, um dem Verlust an biologischer Vielfalt, der Wüstenbildung und der Umweltverschmutzung auf integrierte Weise zu begegnen, und mit multilateralen Umweltschutzinitiativen Maßnahmen zu bereichsübergreifenden Themen wie Wasser und Wälder zu unterstützen, sowie **Ökosystemleistungen und naturbasierte Lösungen** weiter fördern.

Die Förderung der Energiewende, der Anpassung an den Klimawandel und des Resilienzaufbaus in den Partnerländern trägt dazu bei, die Kosten der Unsicherheit zu senken. Dies ist ein entscheidendes Element des Ansatzes der EU. Die EU ist entschlossen, Maßnahmen zur Bewältigung des Problemkomplexes **Klimawandel, Umweltzerstörung sowie Sicherheit und Resilienz** zu verstärken, indem sie sich auf multilateraler Ebene (VN und NATO) und auf bilateraler Ebene (durch Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften

und -dialoge) einbringt. Außerdem wird sie die in der **Gemeinsamen Mitteilung von 2023 über den Klima-Sicherheits-Nexus** dargelegten Maßnahmen umsetzen. Die EU wird zudem mit Partnern zusammenarbeiten, um den Sicherheits- und Umweltrisiken zu begegnen, die von unternormigen Schiffen und riskanten Navigationspraktiken ausgehen.

Die EU wird bei der Verfolgung von Klimazielen und industriellen Zielen weiterhin mit globalen und regionalen Bündnissen zusammenarbeiten. Wir werden nach wie vor zwischenstaatliche Bündnisse und Bündnisse aller Interessenträger unterstützen, mit denen langfristige Ziele der Energiewende vorangebracht werden sollen, z. B. die **Internationale Solarallianz**, die **Globale Offshore-Windallianz**, das Bündnis für die Abkehr von fossilen Brennstoffen „**Beyond Oil and Gas Alliance**“ und die Allianz der Kohleausstiegsländer „**Powering Past Coal Alliance**“.

3.3. Politische und regulatorische Zusammenarbeit

Die **regulatorische und politische Zusammenarbeit** ist von entscheidender Bedeutung, um die Partnerländer bei der Gestaltung und Umsetzung einer wirksamen Klima-, Energie- und Industriepolitik zu unterstützen. Die EU verfolgt bei der Zusammenarbeit mit Partnerländern einen systemischen Ansatz, der den industriellen Wandel, die Energiewende, die Verringerung von Emissionen und der Umweltverschmutzung, die Anpassung an den Klimawandel und Resilienz sowie die nukleare Sicherheit umfasst und durch Forschung und Innovation, Digitalisierung und nachhaltiges Finanzwesen ergänzt wird.

Um diesen Ansatz zu fördern, treibt die EU den politischen Austausch, den Austausch über Regulierungsfragen und den Wissensaustausch voran, leistet technische Hilfe im Rahmen bilateraler **hochrangiger Energie- und Klimadialoge** und mobilisiert Fachwissen des öffentlichen Sektors der EU zur Unterstützung von Reformprozessen in der ganzen Welt. Wir werden weiterhin mit anderen Partnern zusammenarbeiten, um koordinierte Regulierungsrahmen zu gewährleisten, unter anderem durch **grüne Bündnisse** (mit Japan, Kanada und Norwegen) und **grüne Partnerschaften** (mit der Republik Korea und Marokko) mit ihren gemeinsamen Aktionsplänen sowie durch andere sektorspezifische Initiativen. Wir werden zudem weiterhin mit den subnationalen Gebietskörperschaften im Rahmen des **Globalen Konvents der Bürgermeister für Klima und Energie** zusammenarbeiten, um konkrete Projekte umzusetzen und bewährte Verfahren auszutauschen.

Die **Bepreisung von CO₂-Emissionen** ist ein zentrales Element des klimapolitischen Instrumentariums der EU. Sie ist eine der kosteneffizientesten Möglichkeiten zur Verringerung der Emissionen, zur Förderung von Innovationen und zur Erzielung von Einnahmen zur Finanzierung des Übergangs. Die Tatsache, dass große Volkswirtschaften wie China, Japan und Brasilien die Politik der CO₂-Bepreisung angenommen und ausgeweitet haben, bestätigt, dass diese für die Verwirklichung der globalen Klimaziele von zentraler Bedeutung ist²². Da immer mehr Länder in der ganzen Welt eine CO₂-Bepreisung einführen, unterstützt die **Taskforce** der Europäischen Kommission für die Bepreisung von CO₂-Emissionen andere dabei, robuste politische Maßnahmen zu entwickeln und auf den internationalen CO₂-Märkten eine hohe Umweltintegrität zu gewährleisten. Die EU wird den Wissensaustausch in diesem Bereich weiterhin durch Absichtserklärungen zu Emissionshandelssystemen unterstützen und den **Florenz-Prozess** für wichtige Rechtssysteme mit Emissionshandelsprogrammen steuern.

²² Die CO₂-Bepreisung wird inzwischen auf etwa 28 % der weltweiten Treibhausgasemissionen angewendet, wobei es 43 CO₂-Steuern und 37 Emissionshandelssysteme gibt (vgl. den [Bericht der Weltbank zum Stand und zu den Trends bei der CO₂-Bepreisung 2025](#)).

Darüber hinaus bietet das CO₂-Grenzausgleichssystem ein transparentes, regelbasiertes CO₂-Preissignal für Einfuhren in den EU-Markt, dient dazu, die Verlagerung von CO₂-Emissionen zu vermeiden und schafft damit auch Anreize für die Dekarbonisierung außerhalb Europas.

Die EU wird auch weiterhin proaktiv mit Partnerländern zusammenarbeiten, um eine bessere Kohärenz zwischen internen und externen Politikbereichen der EU sicherzustellen. Wir werden einen detaillierten Ansatz verfolgen, um die potenziellen grenzüberschreitenden Auswirkungen neuer EU-Rechtsvorschriften zu bewerten. Wir werden auf den Erfolgen von Global Gateway aufbauen. Indem wir gemeinsam für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften schmieden, werden wir auf die Bedürfnisse dieser Länder eingehen, auch im Bereich der Dekarbonisierung (siehe Abschnitt 3.5). Während das CO₂-Grenzausgleichssystem nach und nach eingeführt wird, beabsichtigen wir, den Beitrag des Instruments „Europa in der Welt“ zum Dekarbonisierungs- und Anpassungsbedarf der Entwicklungsländer im Einklang mit seinem Ausgabenziel für Klima und Umwelt in Höhe von 30 % zu maximieren. Dies würde dazu beitragen, die Bedenken hinsichtlich der EU-Rechtsvorschriften auszuräumen, Partnerschaften zu stärken und umfassendere Regulierungsreformen zu unterstützen. Dazu werden wir auch das Fachwissen der EU-Mitgliedstaaten mobilisieren und das **Instrument für technische Hilfe und Informationsaustausch (Technical Assistance and Information Exchange, TAIEX)** gezielt für die Energiewende nutzen.

Zudem ist die internationale Zusammenarbeit bei der **Normung** nachhaltiger und ressourceneffizienter Technologien ein wesentlicher Bestandteil der Bemühungen, einen florierenden globalen Markt für saubere Technologien zu fördern und dabei gleichzeitig Investitionen zu erschließen und die Kosten zu senken. Im Hinblick darauf wird sich die EU weiterhin aktiv an der Arbeit einschlägiger **internationaler Normungsorganisationen** beteiligen. Dies wird die weltweite Expansion der Leitmärkte für saubere Produkte und Technologien unterstützen, Export- und Investitionsmöglichkeiten für EU-Unternehmen schaffen und den Partnerländern bessere Zugangsmöglichkeiten zu den EU-Märkten bieten.

3.4. Bekämpfung von Versuchen zur Manipulation von Informationen

Die Tatsache, dass die Europäische Union mit der Energiewende ihre Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit stärkt, veranlasst feindselige Akteure dazu, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik absichtlich den globalen Informationsraum zu manipulieren und zu beeinflussen.

Diese Akteure versuchen, erneuerbare Energien fälschlicherweise als Misserfolg und die Energie- und Klimapolitik der EU sowie die Sanktionen gegen Energie aus Russland als kurzsichtig, schädlich und unwirksam darzustellen. Der Schlüssel zur Bekämpfung dieser Des- und Falschinformationen besteht folgerichtig darin, für eine solide Klima- und Energieforschung sowie für die öffentliche Verbreitung von Daten und Wissen zu sorgen, wobei sich die EU als einer der weltweit größten Geldgeber der Klima- und Energieforschung in einer einzigartigen Position befindet, um dies auch weiterhin zu tun.

Die EU überwacht und analysiert diese klimabezogenen Vorfälle **ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung**, sensibilisiert die Öffentlichkeit für dieses Thema, fördert faktenbasierte Informationen und unterstützt unabhängige Medien und Initiativen zur Faktenprüfung. Die EU wird **weiterhin** gegen **jegliche Desinformation und klimabezogene ausländische Informationsmanipulation und Einmischung** vorgehen, die darauf abzielen, die weltweite Energiewende und globale Klimamaßnahmen zu verlangsamen. Die EU wird solche Vorgänge ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung beharrlich verfolgen, aufdecken und unterbinden und die EU-Diplomaten mit den Fähigkeiten und Kenntnissen ausstatten, die erforderlich sind, um klimabezogene ausländische

Informationsmanipulation und Einmischung weltweit zu widerlegen, sowie faktenbasierte Informationen fördern.

Darüber hinaus verstärkt die EU die **internationale Zusammenarbeit in Bezug auf klima- und energiebezogene Des- und Falschinformationen** und finanziert die Entwicklung von Instrumenten zur Bekämpfung dieser Praktiken in Zusammenarbeit mit Partnern und im Rahmen von Foren wie der Initiative für Informationsintegrität zum Klimawandel.

3.5. Aufstockung der Finanzmittel für sauberes Wachstum und umweltverträgliche Entwicklung

Das Tempo der Energiewende und des industriellen Wandels hängt von der Fähigkeit der Weltgemeinschaft zur Mobilisierung und Aufstockung öffentlicher und privater Finanzmittel ab. Wir werden kontinuierlich darauf hinarbeiten, dass **alle Finanzströme mit einem Weg hin zu niedrigen Emissionen und einer klimaresilienten Entwicklung in Einklang gebracht werden**. Um die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, wurde das **neue gemeinsame quantifizierte Ziel (New Collective Quantified Goal, NCQG) für die Klimafinanzierung** bis 2035 auf jährlich 300 Mrd. USD festgelegt, wobei die Industrieländer die Führungsrolle übernehmen und alle Akteure generell dazu aufgerufen sind, diesen Betrag bis 2035 auf 1,3 Billionen USD pro Jahr aufzustocken. Als weltweit größter Geber im Bereich der Klimafinanzierung und aufbauend auf ihrem eigenen Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen wird die EU zur Umsetzung des NCQG beitragen, indem sie Global Gateway und das künftige Instrument „Europa in der Welt“ nutzt, die Reform globaler Finanzinstitute unterstützt und andere Finanzierungsquellen mobilisiert.

Global Gateway ist das wichtigste Werkzeug der EU zur Unterstützung des sauberen und resilienten Übergangs in Schwellen- und Entwicklungsländern. Im Rahmen des **Konzepts „Team Europa“** werden Mittel der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie Mittel von Entwicklungsagenturen, Banken und Unternehmen kombiniert, um bis 2027 Investitionen in Höhe von 300 Mrd. EUR zu hebeln, wobei die Hälfte der Vorzeigeprojekte die Bereiche Klima und Energie betreffen wird. Global Gateway bietet in Zusammenarbeit mit unseren Durchführungspartnern wie der Europäischen Investitionsbank-Gruppe (EIB-Gruppe) innovative Instrumente wie Garantien, Risikoteilung und Mischfinanzierungen an, mit denen die Kapitalkosten gesenkt und Investitionen des Privatsektors erschlossen werden können und die durch technische Hilfe und Arbeiten zur Schaffung günstiger Investitionsbedingungen ergänzt werden. Die **Global-Gateway-Investitionsplattform** wird dabei die Koordinierung, den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten verbessern.

Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung hat die Europäische Kommission das Instrument **„Europa in der Welt“** vorgeschlagen, ein transformatives Finanzierungsinstrument für das auswärtige Handeln. Mit einem vorgeschlagenen Budget von **200 Mrd. EUR für den Zeitraum 2028 bis 2034** und einem Ausgabenziel für Klima und Umwelt von 30 % wird das Instrument Partnerländer bei der Annahme glaubwürdiger Klimaschutzpfade unterstützen und die Nachfrage in sauberen Industriezweigen stimulieren. Die finanzielle Unterstützung durch die EU wird mit der Förderung der Diversifizierung der Lieferketten für saubere Technologien, der Verringerung bestehender Abhängigkeiten und der Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit Hand in Hand gehen und konfliktensensibel umgesetzt werden. Darüber hinaus wird **„Europa in der Welt“** die Beteiligung des Privatsektors der EU stärken, EU-Unternehmen im Ausland unterstützen und auf den Märkten der Partnerländer eine Nachfrage nach sauberen Produkten aus der EU schaffen. Gezielte EU-Unterstützung wird den **am stärksten durch den**

Klimawandel gefährdeten Ländern, insbesondere den **am wenigsten entwickelten Ländern** und **kleinen Inselentwicklungsländern** gewährt, unter anderem durch Unterstützung der Einrichtung von Geschäftsmodellen für die Anpassung an den Klimawandel mit internationalen Finanzinstitutionen sowie im Rahmen der **Team-Europa-Initiative für Anpassung und Resilienz** in Afrika. Die EU wird zudem weiterhin die Klimaresilienz fördern, auch unter fragilen Umständen und in Konfliktsituationen, indem sie auf ihre Instrumente für Entwicklung, Friedenskonsolidierung und humanitäre Hilfe zurückgreift.

Die EU wird darauf hinarbeiten, zur **Reform der internationalen globalen Finanzinstitutionen** beizutragen, damit diese in der Lage sind, die Unterstützung für den weltweiten sauberen und resilienten Übergang zu verstärken. Zu diesem Zweck werden wir die Kohärenz und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Akteuren in den multilateralen Entwicklungsbanken stärken und sicherstellen, dass wir das volle Gewicht unserer kombinierten Finanzkraft für politische Maßnahmen und Finanzierungen zur Unterstützung der Energiewende und unserer Interessen nutzen. In diesem Zusammenhang wird die EIB-Gruppe weiterhin EU-Unternehmen und -Technologien weltweit unterstützen, indem sie in der EU Vorreiter im Bereich saubere Technologien durch Garantie-, Schuld- und Eigenkapitalinstrumente sowie Initiativen wie den Handels- und Investitionsbooster unterstützt.

Des Weiteren werden wir andere Finanzierungsquellen mobilisieren und die finanziellen Hindernisse beseitigen, mit denen Länder beim Übergang konfrontiert sind, einschließlich nicht tragfähiger Schuldenlasten und unzureichender Mobilisierung inländischer Ressourcen. Die **Globale Initiative für grüne Anleihen** wird dabei den Partnerländern den Zugang zu privaten Finanzmitteln in großem Maßstab erleichtern. Im Rahmen der G7 und der G20 wird sich die EU weiterhin für eine stärkere internationale Finanzkoordinierung in Bezug auf Normen, die Mobilisierung von Finanzmitteln für die Klimapolitik und nachhaltigkeitsbezogene Risiken einsetzen. Darüber hinaus wird die EU weiterhin wirksame nationale Maßnahmen zur Mobilisierung von privatem Kapital wie Transparenz- und Offenlegungsregelungen fördern, um Investitionen in den sauberen und resilienten Übergang zu lenken. Mit der Initiative für eine **verstärkte Koordinierung zwischen Exportkreditagenturen und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen** soll die Finanzierung von EU-Ausfuhren besser integriert werden. Wir werden weiterhin alternative und innovative Quellen wie thematische Anleihen, deren Erlöse in bestimmte Bereiche fließen, Garantien und Solidaritätsabgaben, auch aus dem Sektor der fossilen Brennstoffe, fördern.

3.6. Maßgeschneiderte Kontakte zu wichtigen Partnern

Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ **maßgeschneiderte Initiativen** mit Partnern entwickeln, um den einzigartigen Bedürfnissen und Herausforderungen gerecht zu werden, mit denen die verschiedenen Länder und Regionen konfrontiert sind. Dabei werden wir den Interessen der europäischen Unternehmen besondere Aufmerksamkeit widmen.

Da 80 % der weltweiten Treibhausgasemissionen auf die **G20-Mitglieder** zurückgehen, sind gemeinsame und ehrgeizige Maßnahmen mit den größten Volkswirtschaften von entscheidender Bedeutung, um in den nächsten zehn Jahren eine Trendwende beim Temperaturanstieg zu erreichen. **China** ist für 29 % der weltweiten Emissionen verantwortlich. Gleichzeitig ist China mittlerweile in den Bereichen erneuerbare Energien, kritische Mineralien und saubere Technologien führend. Die EU wird die Zusammenarbeit mit China bei der CO₂-Bepreisung, der Energiewende, den Methanemissionen und der Anpassung an den

Klimawandel vertiefen. Parallel dazu müssen wir darauf hinarbeiten, in diesen Sektoren zuverlässige Lieferketten und einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Dies beinhaltet die Durchsetzung des Rechts der EU, durch den Einsatz handelspolitischer Schutzinstrumente gegen internationale Handelsverzerrungen vorzugehen, die sich aus staatlich geförderten Überkapazitäten ergeben. Die **Vereinigten Staaten** sind heute ein wichtiger Energiehandelspartner der EU und ein wichtiger Verbündeter bei der Beschleunigung der Abkehr der EU von fossilen Brennstoffen aus Russland. Sie sind jedoch auch der weltweit zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen und haben kürzlich das Übereinkommen von Paris verlassen. Die EU wird bei der Energiewende und im Bereich saubere Technologien weiterhin mit den Vereinigten Staaten, einschließlich subnationaler Einrichtungen, Unternehmen und Denkfabriken, zusammenarbeiten. Die EU und **Indien**, der drittgrößte Emittent und das bevölkerungsreichste Land der Welt, haben sich im Februar 2025 darauf geeinigt, die zwischenstaatliche und industrielle Zusammenarbeit in den Bereichen saubere Energie, Anpassung an den Klimawandel und Resilienz auszuweiten. Zudem bietet der Handels- und Technologierat die Möglichkeit, saubere Lieferketten zu entwickeln und die Dekarbonisierung in der EU und in Indien zu unterstützen. In diesem Sinne hat die EU kürzlich die Gemeinsame Mitteilung über eine neue strategische Agenda EU-Indien vorgelegt, in der auch die Zusammenarbeit in der Klima- und Energiepolitik Berücksichtigung findet.

Die EU wird ihre Zusammenarbeit mit **Kandidatenländern und potenziellen Kandidaten** intensivieren, um während der Vorbereitung auf den EU-Beitritt die Energieversorgungssicherheit und die Klimaresilienz zu erhöhen, ihre Volkswirtschaften zu modernisieren, die Angleichung der Rechtsvorschriften zu verbessern und die diesbezüglichen Verwaltungskapazitäten zu erhöhen. Für die **Ukraine und Moldau**, die unter den unmittelbaren Folgen des brutalen Angriffskriegs Russlands leiden, wird die EU auch weiterhin kurzfristige Unterstützung für die Energieversorgung und langfristige Unterstützung für ein gut geschütztes flexibles Energiesystem, das stark auf erneuerbaren Energien beruht, leisten. Wir werden auch weiterhin mit der **Energiegemeinschaft** zusammenarbeiten, um die Angleichung der Rechtsvorschriften der Kandidatenländer an den Besitzstand der EU im Bereich Energie und Klima zu beschleunigen.

Die EU wird mit ihren **westeuropäischen Partnern** zusammenarbeiten, um integrierte Wertschöpfungsketten für saubere Technologien innerhalb der derzeit vorhandenen Rahmen zu unterstützen. Dazu gehören der Europäische Wirtschaftsraum, das Abkommen zwischen der EU und der Schweiz zur Verknüpfung ihrer jeweiligen Emissionshandelssysteme und das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, einschließlich der neuen Verhandlungen über ein Abkommen zur Verknüpfung der Emissionshandelssysteme.

Angesichts der gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Klima und Sicherheit und des enormen Potenzials für die Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien und saubere Technologien sind die EU und ihre Nachbarländer im **Mittelmeerraum** in diesen Bereichen natürliche Partner. Wie im Pakt für den Mittelmeerraum dargelegt, werden wir darauf hinarbeiten, die Stabilität und die wirtschaftliche Resilienz zu verbessern und unsere Integration zu vertiefen. Im Rahmen der Initiative für die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und saubere Technologien im Mittelmeerraum (T-MED) werden wir die Dekarbonisierung voranbringen, die Wettbewerbsfähigkeit in der gesamten Region fördern und die Zusammenarbeit beim Klimarisikomanagement intensivieren, indem wir in Vorzeigeprojekte von gegenseitigem Interesse investieren, die das Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen und die Abhängigkeit von der Ausfuhr fossiler Brennstoffe verringern. Darüber hinaus werden wir in unserer Nachbarschaft weiterhin an einer sicheren und stabilen Energieversorgung arbeiten. Wir werden versuchen, groß angelegte

Energieprojekte und Investitionen in Infrastrukturen voranzubringen, die sowohl für Europa als auch für die Partnerländer von Wert sind und unsere gemeinsame Energiewende unterstützen, z. B. GREGY, ELMED und die Verbindungsleitung „Great Sea Interconnector“, und wir werden Optionen für die Nutzung neuer Unterseekabel im Schwarzen Meer prüfen. Dies wird mit einer Intensivierung der Arbeiten der EU zur Klimasicherheit in der europäischen Nachbarschaft einhergehen, um Fragilität zu verhindern, die unsere Partnerschaften gefährden kann.

Die EU wird zudem ihre Zusammenarbeit mit anderen sich rasch entwickelnden Regionen verstärken, darunter **Südostasien** und die **pazifischen Inseln**, **Afrika** und Länder in **Lateinamerika, der Karibik** und **Zentralasien**, um die Einführung sauberer Technologien zu fördern, Maßnahmen zur Bepreisung von CO₂-Emissionen zu entwickeln und klimabezogene Auswirkungen zu bekämpfen. Sie wird regelmäßige interregionale Treffen abhalten, darunter das diesjährige Gipfeltreffen EU-Zentralasien, das Treffen der Umwelt- und Klimaminister der EU und des ASEAN, die Gipfeltreffen EU-Afrikanische Union und die Gipfeltreffen EU-CELAC, die zu beiderseitigen Möglichkeiten bei der Energiewende führen sollen. Viele dieser Länder sind auch engagierte Verbündete im Kampf gegen den Klimawandel auf multilateraler und nationaler Ebene.

4. ZENTRALE MAßNAHMEN UND SCHLUSSFOLGERUNG

Der strategische Ansatz der EU für das globale Engagement in den Bereichen Energie und Klimaschutz – zehn zentrale Maßnahmen

1. **Aufrechterhaltung der politischen Dynamik** durch multilaterale, plurilaterale und bilaterale Foren und Initiativen zur Umsetzung des Übereinkommens von Paris mit allen Ländern und Interessenträgern, d. h. Regierungen, Unternehmen, Investoren sowie Bürgerinnen und Bürgern. Voranbringen der weltweiten Umsetzung der in der weltweiten Bestandsaufnahme dargelegten Verpflichtungen, insbesondere der Verdreifachung der Kapazitäten für erneuerbare Energien und der Verdoppelung der Energieeffizienzverbesserungen bis 2030 sowie der Abkehr von fossilen Brennstoffen.
2. **Unterstützung von im Bereich saubere Technologien tätigen EU-Unternehmen bei der Förderung internationaler Möglichkeiten** durch die Organisation von **Wirtschaftsforen**, die Einrichtung eines **externen EU-Wirtschaftsrats für die Energiewende** und die Organisation von **hochrangigen Missionen zur Förderung einer sauberen Wirtschaft und eines sauberen Handels**, sowie die wirksame Nutzung bereits bestehender Strukturen. **Stärkung des Fachwissens ausgewählter EU-Delegationen im Bereich der Unternehmensförderung.**
3. **Vernetzung europäischer Unternehmen mit Investitionsprojekten** im Ausland über die **Global-Gateway-Investitionsplattform**. Entwicklung von **Finanzierungsinstrumenten zur Risikominderung** in Zusammenarbeit mit **Team-Europa-Partnern, einschließlich der EIB**, um Unternehmensinvestitionen der EU für die Energiewende in Partnerländern zu unterstützen.
4. **Wirksame Nutzung** des vorgeschlagenen Instruments **„Europa in der Welt“**, um EU-Unternehmen im Ausland und die Nachfrage nach sauberen Produkten aus der EU zu unterstützen, womit den Partnerländern implizit Anreize geboten werden, glaubwürdige Klimaschutzpfade im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris anzunehmen.

5. **Ausbau von Netzwerken von für beide Seiten vorteilhaften Partnerschaften für weltweite resiliente und saubere Wertschöpfungsketten**, unter anderem im Rahmen bestehender und neuer Freihandelsabkommen, neuer Partnerschaften für sauberen Handel und saubere Investitionen sowie anderer Handels- und Partnerschaftsinstrumente. Förderung der Zusammenarbeit mit internationalen Normungsorganisationen und Entwicklung weltweit anerkannter Normen und Siegel für geringe CO₂-Emissionen
6. **Dreiseitige Pilot-Zusammenarbeit zwischen Unternehmen aus der EU und fortschrittlichen Nicht-EU-Partnern bei Investitionsprojekten für die Energiewende** in unserer Nachbarschaft sowie in Schwellen- und Entwicklungsländern.
7. **Verbesserung der politischen und regulatorischen Zusammenarbeit** in Bezug auf alle Aspekte des sauberen und resilienten Übergangs mit den Regulierungsbehörden, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Wirtschaft. Mobilisierung des Fachwissens der EU-Mitgliedstaaten, um Partnerländer bei Regulierungsreformen im Einklang mit den EU-Rechtsvorschriften sowie durch die gezielte Nutzung von TAIEX für die Energiewende zu unterstützen.
8. **Reform der globalen Finanzinstitutionen für den sauberen und resilienten Übergang** und Entwicklung neuer innovativer Quellen für die internationale Klimafinanzierung, einschließlich Finanzierungen durch die Industrie für fossile Brennstoffe, und Verknüpfung mit dem EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen. Zusammenarbeit mit den **EU-Mitgliedstaaten, um Finanzmittel multilateraler Entwicklungsbanken zu mobilisieren**.
9. **Ermöglichung von Investitionen in Projekte für Anpassung und Resilienz** in großem Maßstab sowie Unterstützung der Einrichtung von Geschäftsmodellen für die Anpassung an den Klimawandel, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern.
10. **Intensivierung der Arbeit der EU zur Klimasicherheit im Rahmen ihrer internationalen Verpflichtungen**, z. B. durch Vorschlag eines regelmäßigen Austauschs im Rahmen von Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften über die Auswirkungen des Klimawandels auf Fragilitäts- und Konfliktrisiken sowie die Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Desinformation in Bezug auf den Klimawandel und die Energiewende.

Mit dieser Gemeinsamen Mitteilung haben die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin eine Vision für die Gestaltung eines weltweiten sauberen und resilienten Übergangs dargelegt, bei dem Klima- und Energielösungen sowie industrielle Lösungen Hand in Hand gehen.

Auf der ganzen Welt ist die saubere industrielle Revolution im Gange. Die EU trägt aktiv zu diesem Wandel bei und wird weiterhin davon profitieren. Um die Vorteile voll auszuschöpfen, muss die EU das industrielle Kraftzentrum sein, das Ländern in der ganzen Welt saubere Technologien und Anpassungslösungen liefert und bereitstellt. Dies erfordert die Fortsetzung und Ausweitung unserer engen Zusammenarbeit mit Partnern. Wir sind bereit, unser Fachwissen und unsere Ressourcen wirksam zu nutzen, damit der Übergang zu einer sauberen und widerstandsfähigen Weltwirtschaft gelingt.

Wirtschaftspartnerschaften ergänzen nicht nur die Klima- und Energiediplomatie, sondern bilden das eigentliche Rückgrat dieser Arbeit. Die Energiewende muss gerecht und in Bezug auf ihre Auswirkungen belastbar sein, Investitionen ermöglichen und weltweit erfolgen. Die EU ist bereit, auf offenen Märkten, innerhalb vertrauenswürdiger Lieferketten und bei gemeinsamem industriellem Wachstum mit Partnern zusammenzuarbeiten, um eine

wohlhabendere, nachhaltigere und resilientere Zukunft für alle zu schaffen. Die Stärkung vertrauenswürdiger Partner in unseren Netzen und Lieferketten sowie die handelspolitischen Schutzinstrumente der EU sind für die Steigerung der Resilienz von entscheidender Bedeutung. Wenn die EU deutlich macht, dass Innovationen die Triebkraft ihrer globalen Vision sind, kann sie sicherstellen, dass die heutigen bahnbrechenden wissenschaftlichen Erkenntnisse und Technologien in die Märkte und Partnerschaften von morgen einfließen.

Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin werden regelmäßig über die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Mitteilung Bericht erstatten. Sie werden mit den Mitgliedstaaten und den Interessenträgern einen regelmäßigen Dialog über die globale Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei der weltweiten Förderung der Klima- und Energiewende sowie bei der Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele führen.